

Kopfhoch!

Männlichkeiten: eine Bestandsaufnahme. **Seite IX**



Großer Lauschangriff auf das Chinarestaurant „Willkommen“, Wien IX. Aus dem Dokumentarfilm „Operation Spring“.

[Foto: Stadtkino]

Aus dem Inhalt

Barenboim: Was rettet Israel?

„Warum auf die Politiker warten?“ Daniel Barenboim über seine Heimat Israel, sein Pendeln zwischen Chicago und Berlin, das Mozart-Jahr und die Notwendigkeit, das Gehirn zu trainieren. **SEITE III**

Fels, Stein, Stacheldraht.

Stacheldraht wächst aus dem Gras, Flechten kriechen über das verrostete Blech. Auf Schritt und Tritt die Begegnung mit dem Krieg. Dem Ersten Weltkrieg. Zwischen Monte Piano und Monte Piana: wo einst Österreich an Italien grenzte. **SEITE V**

Ein Neuer aus Österreich.

„Nach jeder Mahlzeit sieht der Vater die Tochter nur kurz an, nickt mit dem Kopf und legt den Satz ‚Du weißt, was du jetzt zu tun hast‘ auf den leeren Teller. Sofort steht das pummelige Mädchen auf, läuft dreimal um das Haus.“ – Aus dem Prosa-Band „Lichtspiele“ des Wiener Autors Michael Stiller. **SEITE VI**

Kappachers „Selina“.

Die Geschichte beginnt mit einer Zufallsbekanntschaft in der Toskana und wächst sich zur Passion aus. Walter Kappachers Roman „Selina oder das andere Leben“: eine sanft entfaltete Variation auf die Liebe, das Leben und den Tod. **SEITE VII**

Wie der Würfel fällt.

Die Evolution sei zufällig verlaufen, heißt es. Was aber steckt hinter dieser Aussage? Wie kommt der Zufall in die Evolution? Peter Aichelburg: Fragen eines Physikers an die Biologen. **SEITE X**

Barbie, Pink und Mörtel.

Dass die Stadt, statt geplant zu werden, sich selbst plant, soll vorkommen. Und trotzdem: Auch so kann ein Stück Architektur entstehen, das es mit Otto Wagner aufzunehmen vermag. Neues vom Wiener Neubaugürtel. **SEITE XI**

*È pericoloso sporgersi –
Das Hinauslehnen ist gefährlich*

Die Straffjustiz ist keine ganz erregungsarme Sache. Schon in der Vorrede zum „Pitaval“ hat Friedrich Schiller den Appeal der Kriminalberichterstattung erläutert: „Man erblickt hier den Menschen in den verwickeltesten Lagen.“ Mehr noch: „Dazu kommt, dass der umständlichere Rechtsgang die geheimen Bewegursachen menschlicher Handlungen weit mehr ins Klare zu bringen fähig ist, als es sonst geschieht, und wenn die vollständigste Geschichtserzählung uns über die letzten Gründe einer Begebenheit, über die wahren Motive der handelnden Spieler of genug unbefriedigt lässt, so enthüllt uns oft ein Kriminalprozess das Innerste der Gedanken und bringt das versteckteste Gewebe der Bosheit an den Tag.“ Und was sähen wir lieber als die Bosheit – der anderen.

I. Ein Dokumentarfilm über eine „große Sache“ erweckt Erwartungen. Wenn uns schon der Boulevard so gut traktiert, was könnte uns dann nicht alles ein Film erst bieten? Angelika Schuster & Tristan Sindelgruber haben sich daran versucht. Und es hat sich gelohnt. – Es ist nicht ganz leicht, die Gründe für dieses positive Verdikt auseinander zu setzen. Wer über Recht, Justiz und Strafe spricht, tut dies immer voraussetzungsvoll. Selten genug werden die Beweggründe offenbar, aus denen heraus „Argumente“ formuliert werden. Um nicht hinten Berg zu halten: Ich habe mir die Straffjustiz angeschaut; und sie gefällt mir nicht. Die ersten Schreiduelle mit Vorsitzenden haben mich gelehrt, dass die Heimstätte des „herrschaftsfreien Diskurses“ (Habermas) andernorts zu suchen ist. Der Anblick eines staatsanwaltlichen Funktionärs, der während der Verhandlung verschämt sich unter die Bank duckt, um von seinem Würstsemerl abzubeißen, hat mir die „Würde des Gerichts“ rasch ausgetrieben. Die erhabene Hohlheit der meisten Urteilsbegründungen

hat mich unverständlich gemacht. Die Verlesung der Akten, so sie stattfindet, in der jeder fremdsprachige Eigenname als Verkehrshindernis empfunden wurde, hat mich gewundert und gelangweilt. Die Ignoranz gegenüber gewichtigen Beweisfragen hat mich empört. Der nackte Wille zur Verurteilung wurde mir zu oft und zu ungeschminkt demonstriert, als dass ich eine erfüllbare Aufgabe darin gesehen hätte, „sich mit den schwachen Kräften eines einzelnen Menschen dem angekurbelten Lastauto der Justiz entgegenzuwerfen“ (Walther Rode). Warum werden angehende Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte in Strafverhandlungen geschickt? Damit sie lernen, sich nicht unterkriegen zu lassen und mit fester Stimme, entschlossener Mimik und paraten Argumenten einem immer übermächtigen Gegner die Stirn zu bieten: dem Richter. – Man sieht, mich trägt eine gewisse Eingenommenheit.

II. Was also sagt uns der Film „Operation Spring“? Er sagt: Hier ist ein Justizskandal. Was sagt er uns nicht? Wer schuld daran ist. Hier ist ein Loch. Und just diese justizpolitische Leerstelle begründet des Films dokumentarische Größe. Fast zärtlich nähert er sich seinem Gegenstand, tastend, fragend, abwägend. Und er ist frei von jeder moralischen Empfindelei. Eine gute Methode. Je besser die Methode, desto greller die Resultate. Und dennoch ist es ein leiser Film. – Was also wird uns gezeigt?

Im Morgengrauen des 27. Mai 1999 stürmen 850 Polizisten österreichweit Wohnungen und Flüchtlingsheime. Der Codename der Polizeiaktion ist „Operation Spring“. Es handelt sich um die größte kriminalpolizeiliche Aktion seit 1945. Insgesamt werden an die 100 Afrikaner verhaftet. Die Medien berichten von einem noch nie da gewesenen Erfolg der Polizei im Kampf gegen die organisierte Kriminalität. Mit Hilfe des ersten Großen Lauschangriffs sei es gelungen, die Bosse eines international agierenden nigerianischen Drogenrings festzunehmen. – Schritt für Schritt rollt der Film die damaligen Er-

eignisse auf. Angeklagte, Richter, Rechtsanwälte sagen aus. Wir erfahren, wie der Große Lauschangriff realisiert wurde. Reiner Pfusch: Die Tonaufnahmen waren nicht mit den Bildaufnahmen synchronisiert. Die Auswertung des Materials geriet zum Ratespiel. Wir erfahren, wie anonyme Vermummte, von der Polizei gedungen, als redefreudige Belastungszeugen auftreten. Wir erfahren, dass die Angeklagten der Einvernahme der anonymen Zeugen nicht beiwohnen dürfen, sondern währenddessen aus dem Gerichtssaal gewiesen werden. Wir erfahren, dass die maßgeblichen Übersetzungen von einem nigerianischen Politikfunktionär gemacht wurden, dass dieser zunächst nicht vereidigt war und dass diese Übersetzungen dort, wo die Justiz eine Überprüfung zuließ, sich als falsch erwiesen. Und wir erfahren, wieder einmal, von der notorischen Vergeblichkeit der Nichtigkeitsschwerde, des Rechtsmittels an den Obersten Gerichtshof – denn man müsste „ein Meister im Jeu de barre sein, die Überlegenheit in sich haben, mit dem Teufel Nüsse knacken zu können“ (Walther Rode), um damit in Österreich Erfolg zu haben.

Der Film ist behutsam – mit einer Ausnahme: Er legt die Vermutung nahe, dass die Polizeiaktion eine Art exekutiver Retorsion gegen die Proteste nach der Tötung von Marcus Omofuma war. Die Polizei leugnet es, der damalige Innenminister Karl Schlögl weist den bloßen Verdacht eines solchen Zusammenhangs weit von sich und seiner Einsatztruppe – aber der zeitliche Konnex ist allzu verführerisch, als dass von den beiden Filmemachern darauf hätte verzichtet werden können. Und wollte man die Logik unserer Straffjustiz zur Anwendung bringen: Unsicher hätte der Sicherheitsapparat nachweisen können, dass die Observierung der später verurteilten Afrikaner schon lange vor deren Protesten gegen Polizeiwillkür begonnen hatte – aber die Polizei hat sich diesen Entlastungsbeweis erspart und muss deshalb heute mit dem Vorwurf leben, dass die ganze Aktion ein sicherheitspolitischer Rachefeldzug gegen aufbegehrliche Afrikaner war.

III. Das Bild, das die Straffjustiz hier abgibt, ist beschämend für Österreich. Karl Kraus fällt einem ein: Diese Justiz treibt „aus
Fortsetzung Seite II

Noll: Justizskandal

Fortsetzung von Seite I

der Gesetzesform den Sinn, um eine Tat hineinzupressen“. Es geht hier nicht um Suchtgift. Wollte man dieses Thema angehen, dann müsste man zuvörderst über unsere vorurteilsbehaftete, ganz und gar unwirksame Drogenpolitik reden. Solange es so bleibt, wie es ist, gibt es Drogenkriminalität. Es geht auch nicht um Asylmissbrauch. Man müsste über eine ganz und gar andere Migrationspolitik reden, wenn hier Land gewonnen werden soll. Die jetzigen Vorgaben verlängern heißt: Asylwerber kriminalisieren.

Es geht um Verfahrensrechte. Es geht um ihre Bedeutung für den Rechtsstaat. Es geht um Hegels große Einsicht, die jedem Anwalt nur allzu vertraut ist: „Der Prozessgang ist noch wesentlich fast als die Gesetze selbst.“ Und es geht um Hegels Anklage, dass im bürgerlichen Rechtsstaat gerade die Verfahrensbetroffenen, die Angeklagten, wissen müssen, was ihnen geschieht. Stattdessen: „Der Rechtsgang verhält sich gegen sie wie ein fremdes Schicksal“ (Hegel).

Der Film von Schuster & Sindelgruber nährt, ja begründet die ganz und gar verfluchte Vermutung, zunächst hätten „die Richter in jener einflussvergifteten Stimmung, die ein Opfer verlangte, den Ausweg zäher Verurteilung gesucht“ (Karl Kraus), und als dies mangels prozessbeschleunigender Geständnisse der Afrikaner nicht gelang, dann zu einem drakonischen Justizfinale gefunden. Immerhin hatte die Polizei die Beweise „so gut aufbereitet“, dass die Verurteilungen rasch gelangen. Die Strafprozessordnung gibt hier nur noch das Kleid, das im Wind justizbehördlicher Effizienzvorgaben flattert. Schuster & Sindelgruber beschreiben ein Milieu, in dem die „Erledigung“ allenthalben karrierefördernder wirkt als der „Wahrspruch“. Keine Rede mehr von dem „umständlicheren Rechtsgang“, der doch – wie Friedrich Schiller uns versprach – „die geheimen Bewegursachen menschlicher Handlungen weit mehr ins Klare zu bringen fähig“ sein sollte.

Dies alles interessiert die Funktionäre der Strafjustiz nicht – und es braucht sie auch nicht zu interessieren. Wir erleben einen „Überfall der Justiz“ (Karl Kraus).

IV. Das alles ist schlimm, und es ist schlimm genug. Die Besonderheit dieser ganzen Sache liegt darin, dass die Angeklagtenbank ausschließlich von Schwarzen bevölkert war. Das ist bei einer „organisierten Nigerianerbande“ nicht weiter verwunderlich. Aber es stößt doch auf: Richter dürfen, solange es Gesetze gibt, nicht nach den ungeschriebenen Satzungen polizeilicher Dispositive richten. Und die kriminelle Schuld eines jeden Angeklagten muss bewiesen sein, damit uns Bürger im Rechtsstaat nicht der Glaube beunruhigt, die Verurteilung sei wegen „unsympathischen Wesens“ erfolgt. Just diese Beunruhigung muss aber in uns entstehen, wenn wir in Urteilen lesen, es sei jemand schuldig, weil er zu einem nicht näher bekannten Zeitpunkt an unbekannten Orten an unbekannt gebliebene Abnehmer in unbekannter, aber jedenfalls erheblicher Menge Suchtgift verkauft habe. Es ist dies mehr als eine bloße strafrechtliche Trottelei. So gestrickt wird nicht die Tat, sondern der Täter bestraft; hier wird geahndet nicht, was der Angeklagte *gemacht* hat, hier wird er bestraft für das, was er *ist*.

Ich bin mir durchaus bewusst, wie sorgsam wir mit der Kritik an unserer Justiz sein müssen. *È pericoloso sporgersi* – Das Hinauslehnen ist gefährlich! Aber wir können es ihr nicht ersparen: Mitte der Dreißigerjahre hat eine heute vergessene Kunsthistorikerin, Emma Stiasny-Jacobsson, ein kleines Büchlein geschrieben. Es trägt den Titel: „Typus und Individuum in der antiken Kunst“ (Wien 1934), und es beginnt mit den Worten: „In frühen Zeiten künstlerischen Schaffens bedeutet das Fremdvolk zumeist den Feind. Die Begriffe des Fremden und des Gegners decken sich weitgehend. Das fremde Volk wird vor allem kämpfend, fliehend, besiegt, Tribut bringend, kurz in einer Situation wiedergegeben, die es als gegenwärtigen oder ehemaligen Gegner charakterisiert.“ Heute, nach der Befreiung der Kunst von staatlichen Vorgaben, haben dies Polizei und Justiz übernommen. Der Fremde wird als Feind diagnostiziert. Der Beitrag der Justiz zu dieser Feindproduktion ist unentbehrlich. Und ihr Mitwirken an der Kriminalisierung des Elends als Gegen-

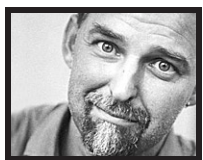
stück zur sozialen Unsicherheit und der Unsicherheit am Arbeitsmarkt realisiert sie durch den Wegschluss der Armen. Sie schafft damit der polizeilichen und strafrechtlichen Kontrolle von Fremden weiteres Legitimationsfutter, was wiederum zu mehr Verhaftungen führt. Hier wird der Schein von technischer Modernität vermittelt und gleichzeitig für entschiedenes staatliches Durchgreifen geworben. Die damit einhergehende Schaffung gesellschaftlicher Dispositive ist eine komplexe Sache. Sie soll nicht verharmlost werden. Aber der „Operation Spring“ müssen wir den paradigmatischen Rang zuerkennen, der ihr gebührt. Wir werden schwerlich darüber hinwegsehen können, dass hier die Latenz öffentlicher Fremdenfeindlichkeit konkret überführt wurde in eine manifeste Feindfeststellung.

Die österreichische Strafjustiz ist kein Einzelfall. Der europäische Strafrechtsstaat zeichnet sich ab – und gemeinhin sieht man darin ein probates Mittel, um grenzübergreifenden Sicherheitsrisiken zu begegnen. Dieser „Kampf gegen die Kriminalität“ wird an zwei Fronten geführt. Im Außenverhältnis, also medial, geht es um die Inszenierung „herzeigbarer“ Fahndungserfolge. Sicherheitspolitik muss verkauft werden. Nach innen aber, im Forum internum der Justiz, geht es bei immer knapper werdenden Ressourcenzuweisungen um Effizienzsteigerung. Dem Erfolg auf der öffentlichen Seite steht kaum etwas entgegen, ist doch die kritische Öffentlichkeit im Bereich der Sicherheitspolitik bis zur Bedeutungslosigkeit zernichtet. Größere Probleme sind nach der inneren Seite zu erwarten, kann doch einschlägiger Erfolg nur durch den Abbau der historisch errungenen Verfahrensgarantien erzielt werden. „Operation Spring“ ist ein eindrucksvoller, symptomatischer Beleg dafür, wie dieser Kampf geführt wird – und wie dabei die

Opfer sind: zuerst die Schwächsten, dann die Schwachen, und dann wir alle. Die Strafjustiz ist bar jeder Einsicht in ihre gesellschaftliche Funktion. Sie ist institutionell reflexionsfrei – sie werkt als Maschine. Bei lang währender Aufrechterhaltung eines derartigen moralischen und geistigen Aggregatzustandes gehen die Er rungenschaften einer aufgeklärten Strafrechtswissenschaft, von der Österreich lange zehren durfte, völlig verloren. „Strafe“ ist nur noch Zwang. „Der Staat hält als richterliche Gewalt einen Markt mit Bestimmtheiten, die Verbrechen heißen und die ihm gegen andere Bestimmtheiten feil sind, und das Gesetzbuch ist der Preiscourant“ (Hegel). Schacherei ist das Ergebnis.

Dem Film von Schuster & Sindelgruber ist Resonanz zu wünschen. Was gut ist, kann Wirkung zeigen. Die Justiz möge sich angesprochen fühlen. Vielleicht stimmt, was Hegel notierte: „Originelle ganz wunderbare Werke in der Bildung gleichen einer Bombe, die in eine faule Stadt fällt, worin alles beim Bier sitzt und höchst weise ist und nicht fühlt, dass ihr plattes Wohlsein eben das Krachen des Donners herbeigeführt.“ Sicher ist das nicht. Mein Kollege Walther Rode schrieb Ende der Zwanzigerjahre des vorigen Jahrhunderts: „Die Gerichte sind ebenso wenig da, um freizusprechen, wie die Armeen, um bei Begräbnissen Spalier zu bilden. Die locker sitzende Verurteilung ist mit der Idee des Straferichts untrennbar verbunden. Es rast der See und will sein Opfer haben.“ Und weil dies so ist, wird es bleiben, wie es ist. – Wird es so bleiben? ■

Der Dokumentarfilm „Operation Spring“ läuft in Wien bis 13. Oktober täglich im Stadtkino am Schwarzenbergplatz; in Graz derzeit im Augartenkino Kiz; in Linz ab 21. Oktober im Movimento.



ALFRED J. NOLL

Geboren 1960 in Salzburg. Dr. jur. Anwalt in Wien. Mitglied des Ausschusses der Rechtsanwaltskammer Wien. Universitätsdozent für Öffentliches Recht. Jüngste Publikation: „Österreichisches Verlagsrecht“ (Verlag Medien und Recht, Wien).

Exporte boomen, das Wachstum explodiert. Doch nichts davon erreicht die Unterschichten. Wo die öffentliche Sicherheit zum Gespött wird und die Brutalität täglich größer: Nachrichten aus Brasilien.

Von Gerhard Drekonja-Kornat

Kein Kitt für die Krise

Brasilien boomt, die Alltags-Eindrücke belegen es: Restaurants quellen über; in den Supermärkten schieben Hausfrauen schwer gepackte Wägelchen; nagelneue, luxuriöse Mittelklasse-Autos verdrängen die alten „fuscas“, wie der originale VW-Käfer hier heißt; aus Zeitungen und Magazinen strahlen Unmengen von Hochglanzanzeigen.

Dann die Statistiken: Brasiliens Wirtschaft wuchs 2004 um 5,2 Prozent. Das gab es seit einer Dekade nicht mehr! Ausgeführt wurden Güter im Wert von fast 100 Milliarden Dollar: ein historischer Höchststand! Somit bleibt in der Handelsbilanz ein Plus von 33 Milliarden – was die internationalen Banken ungemein beruhigt, weil die Zinszahlungen für die astronomische Devisenschuld in Höhe von 225 Milliarden Dollar (immerhin zehn Milliarden weniger als 2003) pünktlich eintreffen.

All diese Zahlen erklären sich vor allem aus dem „Staubsaugereffekt“, den Chinas (und Indiens) explodierendes Wachstum auf Brasilien ausübt. China braucht alles, was Brasilien im Überschuss anbieten kann: Getreide, Soja, Fleisch, Früchte, Orangensaft, Zucker, Erze, Koks, Kohle, Stahl. Chinas Präsident Hu Jintao, Ende 2004 mit großer Delegation zu Besuch, unterzeichnete Lieferabkommen, die die Weiterführung des Exportbooms garantieren.

Den Ruhm für die wirtschaftlichen Rekorde erntete Staatspräsident Luiz Inácio „Lula“ da Silva, inzwischen im dritten Regierungsjahr. Dabei hatte das internationale Finanzsystem bei Lulas Amtsantritt den Atem angehalten. Immerhin stieg Lula ursprünglich als sozialistischer Metallgewerkschaftler und Streikführer auf. Teile seiner Regierungsmannschaft entstammen dem radikalen Flügel seiner PT-Arbeiterpartei. Antonio Palocci, als Finanzminister heute der einflussreichste Mitkämpfer Lulas, versteht sich immer noch als Trotzkist. Trotzdem garantiert diese bunte Ministerriege die finanzpolitische Orthodoxie, welche bewirkt, dass Lula heute beim Managertreffen in Davos herzlicher beklatscht wird als in Porto Alegre, wo jährlich die Globalisierungsgegner aufmarschieren.

Darob gibt es auch reichlich Verschleiß in Lulas Umgebung. Einige PT-Radikale sprangen ab. Frei Betto, Dominikanermönch und moralisches Gewissen Brasiliens, legte zu Weihnachten aus Protest gegen die unpopuläre Wirtschaftspolitik mit hohen Zinsen und knappem Budget die Leitung des Null-Hunger-Programms („Fome Zero“) zurück. Der Befreiungstheologe Leonardo Boff, gequält von der sozialen Not und dem ökologischen Raubbau, tat es ihm gleich. Bei den Kommunalwahlen im Oktober/November 2004 musste Lulas PT-Arbeiterpartei punktuell einige schmerzhaft Verluste einstecken, vor allem die Niederlage von Raul Pont, bisher Bürgermeister von Porto Alegre und international bekannt als Vater des „partizipativen Haushalts“ (der alle Bürger bei Budgeterstellungen zu beteiligen

sucht). Es muss also Enttäuschung geben. Sie alle, sowohl engagierte Kritiker als – vor allem – auch Betroffene, sind es aus sozialen Gründen. Brasilien, das ist keine Überraschung, leidet an einer der schlimmsten Ungleichheiten der ganzen Welt.

Das Land, das vor Schönheit, Energie, Talenten, Modernisierungsdynamik und Reichtum birgt, erreicht seine Unterschichten nicht. Von den 180 Millionen Brasilianern steckt etwa die Hälfte in Armut. 53 Millionen Bürger leiden an chronischer Unterernährung. Millionen Kinder darben, besuchen keine Schule, verkommen in Slums und Favelas oder sterben frühzeitig an Drogen, Aids, Malaria, Tuberkulose, Hepatitis, Durchfall.

Lulas „Fome Zero“ hätte hier korrigierend eingreifen sollen, doch das mit Fanfaren gestartete Programm, bewundert aus aller Welt, mit „Familienstipendien“ und „Talleres“ Slum-Frauen als Haushaltsvorstände unterstützend, verhedderte sich in der eigenen Bürokratie. Im Kongress schaffte Lula eine einigermaßen gelungene Renten- und Steuerreform, doch für sozialpolitische Eingriffe, welche die Axt an den Wurzeln von Armut und Ungleichheit ansetzen sollten, fehlen die Mehrheiten. Wieder einmal kommt die zugesagte Agrarreform nicht vom Fleck, weswegen die quasi-revolutionäre MST-Landlosenbewegung ihren „Waffenstillstand“ aufkündigte und mittlerweile wieder gewaltsam brachliegende Ländereien – oder in den Städten Häuser – besetzt. Parallel dazu agieren gegen sie die nach wie vor fast allmächtigen Großgrundbesitzer, deren bewaffnete Privatmilizen mit jedem Tag brutaler gegen MST-Mitglieder vorgehen.

Wie wir aus der Theoriedebatte heute genau wissen, ist nachhaltige Entwicklung, im Unterschied zu Industriemodernisierung (die überall gelingen kann), nur ab einem gewissen Grad an Gleichheit möglich. Relative Gleichheit kann über Schulen, Bildung, medizinische Betreuung, Aufstiegschancen, Agrarreform und bäuerlichen Besitz oder vernünftige Investitionen in Infrastruktur hergestellt werden. Davon hängt ab, wie viel Macht und Einfluss die obersten 20 Prozent der Bevölkerung, die mit den höchsten Einkommen, an die übrigen Bürger abgeben. In Westeuropa beträgt die Beteiligung der Reichen am nationalen Reichtum zwischen 35 und 50 Prozent, in den USA schon zirka 50 Prozent. Die Dritte Welt liegt darüber, das kann sich bis zur unheilvollen Relation 20:80 (die obersten 20 Prozent verfügen über 80 Prozent des nationalen Reichtums) steigern. Brasilien liegt nur knapp darunter.

Brasilien blockiert sich selbst. Zwar funktioniert auf der Basis der massiven Exporterfolge, eingerahmt von finanzpolitischer Orthodoxie, der moderne Sektor des Landes, doch nachhaltige Entwicklung, die Brasiliens tiefstehende Kreativität entfesseln würde, will sich nicht einstellen. Deswegen auch die wachsenden Fliehkräfte in der brasilianischen Gesellschaft. Nicht dass es zu einem revolutionären Ausbruch käme: Brasilien ist dafür nicht geschaffen. Aber unter den Reichen und im Bürgertum wächst die Angst vor dem eigenen Volk, dessen lumpenproletarische Segmente die öffentliche Sicherheit zum Gespött machen, übrigens auch für die Unterschicht-Bevölkerung. Den Behörden entgleitet die Kontrolle über ganze Stadtteile. Der Regierung fehlen die administrativen Mittel, um gegen die tägliche Gewalt vorzugehen. Den Einsatz der Armee will sie (noch) nicht.

Die öffentliche Unsicherheit beginnt Brasilien zu lähmen. Die sich anbahnende soziale Apartheid wirkt schlimmer als die momentane Knappheit an Elektrizität, an der die leidet. Und ausgerechnet am Tag von Lulas Eröffnungsrede zum IV. Weltforum der UNO gegen die Korruption explodierte der schlimmste Korruptionsfall in Brasilia: Der „fisiologismo“, das System der Ämterpatronage, das Lula beseitigen wollte, wucherte unter seiner Regierungsmannschaft noch dreister, wie unter Tränen eingestanden wurde. Statt der vor fast drei Jahren angesagten Kreativitätsexplosion erbebt Brasilia in der nicht mehr zu kittenden politischen Krise. ■



GERHARD DREKONJA-KORNAT

Geboren 1939 in Kärnten. Studium in Wien und an der Cornell University. Korrespondent, Entwicklungsexperte, Konsulent und Professor an der Andenuniversität in Bogotá. Heute Ordinarius für außereuropäische Geschichte an der Universität Wien.